



Als Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors hat Alberto Acosta (im Foto mit Stock) eine neue Wertedebatte angestoßen. Die Achtung der Ökologie geht auf den Politiker zurück. Er setzt sich für die Erhaltung des Urwaldes und für Toleranz gegenüber den Ureinwohnern ein. Acosta hat dazu beigetragen, das andine Denken vom Ruch der Folklore zu befreien. Das Bild zeigt Acosta auf einer Veranstaltung mit Ureinwohnern im Jahr 2007. Foto: APD

Besser gut leben als besser leben

Der ecuadorianische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Alberto Acosta fordert eine Abkehr vom ewigen Streben nach Mehr

Von Sebastian Schoepp

Gut leben, das möchte jeder. Aber was macht ein gutes Leben aus? Immer mehr Sachen anhäufen? Oder auf Materielles verzichten, dafür die Umwelt erhalten und in solidarischer Gemeinschaft glücklich werden? Letzteres klingt arg idealistisch für europäische Ohren, aber für Alberto Acosta ist klar: „Ohne ein grundsätzliches Umdenken laufen arme und reiche Länder gleichermaßen auf einen kollektiven Selbstmord zu.“ Der ecuadorianische Wirtschaftswissenschaftler ist in der dritten Welt einer der führenden Kritiker des gängigen Wachstumsbegriffes.

Als Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors hat Acosta eine neue Wertedebatte in den politischen Prozess eingebracht und das Land damit – zumindest auf dem Papier – zum Vorreiter gemacht, was die Achtung der Ökologie und der Weltsicht der Ureinwohner angeht. Auch die Yasuní-Initiative, die dem Erhalt des Urwaldes den Vorrang vor der Ölausbeutung gibt, geht auf ihn zurück (siehe Kasten).

Dem 61-Jährigen kommt zu Gute, dass er beide Welten kennt, die westliche, allein am Wachstum orientierte; und die südliche, die der Anden, die eine gänzlich andere Vorstellung vom Weg zum Glück hat. Acosta studierte in Köln Betriebswirtschaft, er war Attaché an der Botschaft in Bonn, erhielt das Bundesverdienstkreuz für sein Bemühen um internationale Beziehungen. Er war Energieminister seines Landes, hat Lehraufträge an zahlreichen Universitäten, gilt als Vordenker linker Regierungen Lateinamerikas, weil er half, das andine Denken vom Ruch der Folklore zu befreien.

Die andine Kosmologie ähnelt in manchem erstaunlich den Träumen des europäischen Postmaterialismus. Auf Quechua gibt es den Begriff des *sumak kausay*, des guten Lebens, das ein harmonisches Zusammensein von Mensch und Natur beschreibt. In diesem Sinne ist „gut leben“ durchaus als Gegensatz zum Streben nach einem „besseren Leben“ zu verstehen, sagt Acosta, worunter die ka-

pitalistische Moderne ja vor allem die Anhäufung von Gütern versteht.

Ihre Einstellung macht andine Völker geradezu renitent gegen vermeintliche Segnungen des Fortschritts, in denen sie einfach keinen Segen sehen wollen. Quechuas oder Aymaras können Entwicklungshelfer zur Verzweiflung treiben mit ihrem Beharren auf dem Althergebrachten.

VOR AUS DENKER

Alternativen für die Wirtschaft

ten, etwa wenn sie die neuen Solarhäuser nicht annehmen, sondern weiter in ihren Lehmhütten leben wollen. Es reicht ihnen einfach. Das führt zu einem Dauerkonflikt mit denen, die Bodenschätze ausbeuten wollen – in Ecuador, Peru, Bolivien, Brasilien. Die liegen vielfach unter indigenem Territorium. Viele Indio-Führer haben Acostas Lehren studiert, er hat ihnen das Rüstzeug gegeben für zunehmend selbstbewussteres Auftreten.

Die Abhängigkeit von Bodenschätzen ist für Acosta das Kernproblem vieler armer Länder. Er hat dafür den Begriff des „Extraktivismus“ in die Debatte einge-

führt. In seinem neuen Buch „Der Fluch des Überflusses“ stellt er die – nur auf den ersten Blick – paradoxe Kernthese auf: Lateinamerika ist so arm, weil es so reich ist. Außer Norwegen gebe es kein ölförderndes Land, das es geschafft habe, stabilen Wohlstand mit produzierendem Gewerbe und intellektuellen Eliten zu schaffen, stellt Acosta fest. Bodenschätze machten es einigen Wenigen zu leicht, sich auf Kosten der Mehrheit zu bereichern. Autoritäre Regierungen halte das Öl an der Macht. In die Entwicklung werde nicht investiert. Die Natur gehe kaputt. Acostas Beschreibung bildet auf kleinem Raum die globalen Verhältnisse ab. So wie sich in Entwicklungsländern die Reichen in ihrem Luxus einmauern, so verschanzen sich Europa und die USA vor den Massen in den armen Staaten. „Damit einige wenige besser leben können, müssen Millionen schlechter leben“, stellt Acosta klar, und wiederholt damit die älteste Wirtschaftsregel der Welt, die durch das modische Gerede von *Win-Win-Situationen* nur etwas in Vergessenheit geraten ist: wo einer verdient, muss ein anderer zahlen. So aber könne es nicht weitergehen, meint Acosta.

In Lateinamerika sehen manche seine Analysen als Weiterführung der Theo-

rien des Welterklärers Eduardo Galeano, nur dass Acosta sein Heil weniger im Marxismus sucht, sondern in einer Mischung aus ökologischen, kollektivistischen und andinen Zügen. Acosta fordert, Wirtschaften auf neue ethische Grundlagen zu stellen. Der Mensch und seine Lebensqualität müsse im Mittelpunkt stehen, das Öffentliche vor dem Privaten. Nur wenn in Intelligenz investiert werde, auch Länder wie Ecuador zu wissenschaftsgetriebenen Gesellschaften würden, könnten die Bodenschätze im Boden bleiben. Leider, so Acosta, sei diese Erkenntnis auch bei den linken Regierungen Lateinamerikas noch nicht recht angekommen. Sie setzten auf „Neoextraktivismus“, verbesserten zwar die Staatsquote bei der Förderung von Bodenschätzen, doch die Abhängigkeit von der reichen Welt nehme so nicht ab.

Das war der Grund für den Bruch Acostas mit der Regierung von Präsident Rafael Correa in Ecuador. Gemeinsam hatten sie die Bewegung „Acuerdo País“ gegründet, die die Parteienlandschaft komplett umkremelte. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung 2007 erhielt Acosta die meisten Stimmen, er wurde ihr Vorsitzender. Zuerst wurden Correa und Acosta belächelt, dann aber verschafften sie dem Rekord-Deutschland erstmalig eine stabile Regierung mit einer klaren Vision – und zwar deswegen, weil sie alle Gruppen des Landes am politischen Prozess beteiligten, so auch die Armen und Indigenen.

Zum Bruch kam es, als Acosta an seinem alten Freund Correa „messianische Züge“ ausmachte. Außerdem konnten sie sich über das Tempo der Reformen nicht einigen. Correa warf Acosta vor, er überbreite es mit der Demokratie. Seit 2008 haben die beiden nicht mehr miteinander gesprochen. Kann gut sein, dass nun aus den Weggeführten Konkurrenz werden. Auf die Frage, ob er Ambitionen auf die Präsidentschaft habe, antwortet Acosta mit ausweichender andiner Rhetorik: „Ich will das Land verändern – egal, welche Position mich dabei findet.“

Das Projekt Yasuní – Wald statt Öl

Der Nationalpark Yasuní ist ein einzigartiger Naturraum an der Grenze Ecuadors zu Peru. Auf einem Hektar wachsen dort mehr Baumarten als in den USA und Kanada zusammen. Forscher haben 4000 Pflanzen- und 600 Vogelarten gezählt. Es gibt indigene Völker, die in völliger Isolation leben. Mit der wäre es aus, wenn Bohrtrupps anrückten, um die 850 Millionen Barrel Öl zu fördern, die dort vermutet werden (ein Barrel sind 159 Liter). Ecuador könnte damit sechs Milliarden Dollar umsetzen.

Das ist zwar eine Menge, reicht aber nur aus, damit die Welt ein paar Wochen länger Autofahren kann. Vor diesem Hintergrund hat Ecuador auf Initiative Alberto Acostas einen Vorschlag ge-

macht, der bei vielen Umweltschützern als Pilotprojekt angesehen wird. Wenn sich ein Weg findet, wie die Welt das Land entschädigen kann für die entgangene Einnahmen, bleibt der Urwald stehen. Denkbar wäre die Ausgabe einer Art Klimazertifikats, das Industrien, die das Klima schädigen, kaufen. Das Geld soll etwa der Bildung in Ecuador zu Gute kommen. Doch bei der Klimakonferenz in Kopenhagen spielte Yasuní kaum eine Rolle. Es gab Zweifel: Wer etwa garantiert, dass der nächste Präsident nicht trotz Entschädigung bohren lässt? Alberto Acosta kritisiert aber auch seine eigene Regierung: Der Vorschlag sei in Kopenhagen nicht mit genug Nachdruck betrieben worden. **ws**



Besser gut leben als besser leben

Der ecuadorianische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Alberto Acosta fordert eine Abkehr vom

Von Sebastian Schoepp

Gut leben, das möchte jeder. Aber was macht ein gutes Leben aus? Immer mehr Sachen anhäufen? Oder auf Materielles verzichten, dafür die Umwelt erhalten und in solidarischer Gemeinschaft glücklich werden? Letzteres klingt arg idealistisch für europäische Ohren, aber für Alberto Acosta ist klar: „Ohne ein grundsätzliches Umdenken laufen arme und reiche Länder gleichermaßen auf einen kollektiven Selbstmord zu.“ Der ecuadorianische Wirtschaftswissenschaftler ist in der dritten Welt einer der führenden Kritiker des gängigen Wachstumsbegriffes.

Als Vorsitzender der verfassunggebenden Versammlung Ecuadors hat Acosta eine neue Wertedebatte in den politischen Prozess eingebracht und das Land damit – zumindest auf dem Papier – zum Vorreiter gemacht, was die Achtung der Ökologie und der Weltsicht der Ureinwohner angeht. Auch die Yasuní-Initiative, die dem Erhalt des Urwaldes den Vorrang vor der Ölausbeutung gibt, geht auf ihn zurück (siehe Kasten).

Dem 61-Jährigen kommt zu Gute, dass er beide Welten kennt, die westliche, allein am Wachstum orientierte; und die

pitalistische Moderne ja vor allem die Anhäufung von Gütern versteht.

Ihre Einstellung macht andine Völker geradezu renitent gegen vermeintliche Segnungen des Fortschritts, in denen sie einfach keinen Segen sehen wollen. Quechuas oder Aymaras können Entwicklungshelfer zur Verzweiflung treiben mit ihrem Beharren auf dem Althergebrach-

VORausDENKER

Alternativen für die Wirtschaft

ten, etwa wenn sie die neuen Solarhäuser nicht annehmen, sondern weiter in ihren Lehmhütten leben wollen. Es reicht ihnen einfach. Das führt zu einem Dauerkonflikt mit denen, die Bodenschätze ausbeuten wollen – in Ecuador, Peru, Bolivien, Brasilien. Die liegen vielfach unter indigenem Territorium. Viele Indio-Führer haben Acostas Lehren studiert, er hat ihnen das Rüstzeug gegeben für zunehmend selbstbewussteres Auftreten.

Die Abhängigkeit von Bodenschätzen ist für Acosta das Kernproblem vieler armer Länder. Er hat dafür den Begriff des „Extraktivismus“ in die Debatte einge-

führt. In seinem neuen Buch „Der Fluch des Überflusses“ stellt er die – nur auf den ersten Blick – paradoxe Kernthese auf: Lateinamerika ist so arm, weil es so reich ist. Außer Norwegen gebe es kein ölförderndes Land, das es geschafft habe, stabilen Wohlstand mit produzierendem Gewerbe und intellektuellen Eliten zu schaffen, stellt Acosta fest. Bodenschätze machten es einigen Wenigen zu leicht, sich auf Kosten der Mehrheit zu bereichern. Autoritäre Regierungen halte das Öl an der Macht. In die Entwicklung werde nicht investiert. Die Natur gehe kaputt. Acostas Beschreibung bildet auf kleinem Raum die globalen Verhältnisse ab. So wie sich in Entwicklungsländern die Reichen in ihrem Luxus einmauern, so verschanzen sich Europa und die USA vor den Massen in den armen Staaten. „Damit einige wenige besser leben können, müssen Millionen schlechter leben“, stellt Acosta klar, und wiederholt damit die älteste Wirtschaftsregel der Welt, die durch das modische Gerede von *Win-Win-Situationen* nur etwas in Vergessenheit geraten ist: wo einer verdient, muss ein anderer zahlen. So aber könne es nicht weitergehen, meint Acosta.

In Lateinamerika sehen manche seine Analysen als Weiterführung der Theo-

rie
nu
Ma
sch
sch
de
Gr
sei
pu
Pr
tie
wi
de
ble
ke
ge
gel
vis
qu
ze
ch
Ac
Ra
ha
ge
ko
zu
20
me
wu

Personalien

er beide Welten kennt, die westliche, allein am Wachstum orientierte; und die südliche, die der Anden, die eine gänzlich andere Vorstellung vom Weg zum Glück hat. Acosta studierte in Köln Betriebswirtschaft, er war Attaché an der Botschaft in Bonn, erhielt das Bundesverdienstkreuz für sein Bemühen um internationale Beziehungen. Er war Energieminister seines Landes, hat Lehraufträge an zahlreichen Universitäten, gilt als Vordenker linker Regierungen Lateinamerikas, weil er half, das andine Denken vom Ruch der Folklore zu befreien.

Die andine Kosmvision ähnelt in manchem erstaunlich den Träumen des europäischen Postmaterialismus. Auf Quechua gibt es den Begriff des *sumak kawsay*, des guten Lebens, das ein harmonisches Zusammensein von Mensch und Natur beschreibt. In diesem Sinne ist „gut leben“ durchaus als Gegensatz zum Streben nach einem „besseren Leben“ zu verstehen, sagt Acosta, worunter die ka-

mer Länder. Er hat dafür den Begriff des „Extraktivismus“ in die Debatte einge-

In Lateinamerika sehen manche seine Analysen als Weiterführung der Theo-

Das Projekt Yasuní – Wald statt Öl

Der Nationalpark Yasuní ist ein einzigartiger Naturraum an der Grenze Ecuadors zu Peru. Auf einem Hektar wachsen dort mehr Baumarten als in den USA und Kanada zusammen. Forscher haben 4000 Pflanzen- und 600 Vogelarten gezählt. Es gibt indigene Völker, die in völliger Isolation leben. Mit der wäre es aus, wenn Bohrtrupps anrückten, um die 850 Millionen Barrel Öl zu fördern, die dort vermutet werden (ein Barrel sind 159 Liter). Ecuador könnte damit sechs Milliarden Dollar umsetzen.

Das ist zwar eine Menge, reicht aber nur aus, damit die Welt ein paar Wochen länger Autofahren kann. Vor diesem Hintergrund hat Ecuador auf Initiative Alberto Acostas einen Vorschlag ge-

macht, der bei vielen Umweltschützern als Pilotprojekt angesehen wird. Wenn sich ein Weg findet, wie die Welt das Land entschädigen kann für die entgangenen Einnahmen, bleibt der Urwald stehen. Denkbar wäre die Ausgabe einer Art Klimazertifikats, das Industrien, die das Klima schädigen, kaufen. Das Geld soll etwa der Bildung in Ecuador zu Gute kommen. Doch bei der Klimakonferenz in Kopenhagen spielte Yasuní kaum eine Rolle. Es gab Zweifel: Wer etwa garantiert, dass der nächste Präsident nicht trotz Entschädigung bohren lässt? Alberto Acosta kritisiert aber auch seine eigene Regierung: Der Vorschlag sei in Kopenhagen nicht mit genug Nachdruck betrieben worden. ws

me
wu
da
Pu
ru:
de
de
au

ne:
Zü
sie
nic
üb
20
an
nu
ter
ne:
tet
Rh
eg:



Als Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors hat Alberto Acosta (im Foto mit Stock) eine neue Wertedebatte angestoßen. Die Achtung der Ökologie geht auf den Politiker zurück. Er setzt sich für die Erhaltung des Urwaldes und für Toleranz gegenüber den Ureinwohnern ein. Acosta hat dazu beigetragen, das andine Denken vom Ruch der Folklore zu befreien. Das Bild zeigt Acosta auf einer Veranstaltung mit Ureinwohnern im Jahr 2007. Foto: APD

eben

ehr vom ewigen Streben nach Mehr

luch
: auf
hese
es so
n öl-
uabe,
dem
n zu
hät-
icht,
erei-
: das
wer-
: ka-
: auf
nisse
dern
iern,
USA
aten.
kön-
en“,
amit
: die
Win-
ssen-
nuss
e es
seine
heo-

rien des Welterklärers Eduardo Galeano, nur dass Acosta sein Heil weniger im Marxismus sucht, sondern in einer Mischung aus ökologischen, kollektivistischen und andinen Zügen. Acosta fordert, Wirtschaften auf neue ethische Grundlagen zu stellen. Der Mensch und seine Lebensqualität müsse im Mittelpunkt stehen, das Öffentliche vor dem Privaten. Nur wenn in Intelligenz investiert werde, auch Länder wie Ecuador zu wissensgestützten Gesellschaften würden, könnten die Bodenschätze im Boden bleiben. Leider, so Acosta, sei diese Erkenntnis auch bei den linken Regierungen Lateinamerikas noch nicht recht angekommen. Sie setzten auf „Neoextraktivismus“, verbesserten zwar die Staatsquote bei der Förderung von Bodenschätzen, doch die Abhängigkeit von der reichen Welt nehme so nicht ab.

Das war der Grund für den Bruch Acostas mit der Regierung von Präsident Rafael Correa in Ecuador. Gemeinsam hatten sie die Bewegung „Acuerdo País“ gegründet, die die Parteienlandschaft komplett umkremelte. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung 2007 erhielt Acosta die meisten Stimmen, er wurde ihr Vorsitzender. Zuerst wurden Correa und Acosta belächelt,

Personalien

seine
heo-

—
rn
rn
as
n-
ld
si-
n,
as
or
a-
u-
er
si-
en
er
r-
e-
vs

men, er wurde ihr Vorsitzender. Zuerst wurden Correa und Acosta belächelt, dann aber verschafften sie dem Rekord-Putschland erstmalig eine stabile Regierung mit einer klaren Vision- und zwar deswegen, weil sie alle Gruppen des Landes am politischen Prozess beteiligten, so auch die Armen und Indigenen.

Zum Bruch kam es, als Acosta an seinem alten Freund Correa „messianische Züge“ ausmachte. Außerdem konnten sie sich über das Tempo der Reformen nicht einigen. Correa warf Acosta vor, er übertreibe es mit der Demokratie. Seit 2008 haben die beiden nicht mehr miteinander gesprochen. Kann gut sein, dass nun aus den Weggefährten Konkurrenten werden. Auf die Frage, ob er Ambitionen auf die Präsidentschaft habe, antwortet Acosta mit ausweichender andiner Rhetorik: „Ich will das Land verändern – egal, welche Position mich dabei findet.“